

Gemeinderat Philipp Ulrich

Dienstag, 19. September 2023

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 21. September 2023

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: Inklusion am Arbeitsplatz

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Menschen mit Behinderung haben es am Arbeitsmarkt besonders schwer. Sie sind in vielerlei Hinsicht mit Problemen konfrontiert, die ihnen das Recht auf Teilhabe im Arbeitsleben oftmals unmöglich erscheinen lassen. Dazu zählen Diskriminierung, mangelnde Barrierefreiheit, geringere Entlohnung und allgemein strukturelle Behinderungen.

Um ihnen ein Berufsleben zu ermöglichen, gibt es das sogenannte „Behinderteneinstellungsgesetz“. Es sieht vor, dass Unternehmen ab 25 Mitarbeiter:innen zumindest einen begünstigt behinderten Menschen einstellen müssen. Tun sie das nicht, so ist eine „Ausgleichstaxe“ von 292 Euro monatlich zu entrichten. Diese steigt sich bis zu maximal 435 Euro, ab 400 oder mehr Angestellte im Betrieb. Das eingehobene Geld fließt in den „Ausgleichtaxfonds“, aus dem zweckgebunden Menschen mit Behinderung bzw. integrative Betriebe gefördert werden.

Bei aller Wertschätzung für die zahlreichen Betriebe, die die Inklusion behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt durch Einstellungen unterstützen, bleibt doch die Frustration über die große Mehrheit, die lieber die als „Behindertensteuer“ bezeichnete Zahlung leisten. Diese 292 Euro scheinen kein allzu großer Anreiz zu sein, einem Menschen mit Behinderung ein geregeltes Einkommen zu ermöglichen.

Umso wichtiger ist es, dass wir alle Hebel in Bewegung setzen, um den Menschen mit Behinderung eine echte Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende

Frage

Was unternehmen Sie in Ihrem Wirkungsbereich um die Inklusion behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu unterstützen?